



Wenn der Verlust des Zuhauses zur Strafe wird – Der Streit um Wohnungsräumungen in Rennes

Ein Gerichtssaal in Rennes, nüchtern, funktional – und doch Schauplatz einer Debatte, die weit über die Stadtgrenzen hinausreicht.

Dort, wo sonst Mietstreitigkeiten und Nachbarschaftskonflikte verhandelt werden, ging es in diesen Tagen um weit mehr: um die Frage, ob Familien ihr Zuhause verlieren dürfen, weil ein Angehöriger in Drogengeschäfte verwickelt ist.

Die juristische Grundlage liefert ein noch junges Gesetz aus dem Juni 2025. Es zielt darauf ab, Frankreich aus der Umklammerung des Drogenhandels zu lösen – ein großes Versprechen, fast schon ein politisches Signalfeuer. Der Staat erhält damit ein scharfes Instrument: Präfekten können Vermieter dazu drängen, Mietverträge zu kündigen, wenn durch Drogenhandel die öffentliche Ordnung erheblich gestört wird.

Doch entschieden wird am Ende vor Gericht.

Und genau hier beginnt das Dilemma.

In Rennes betrifft das nicht in erster Linie die Täter selbst, sondern deren Familien – oft Mütter, Alleinerziehende, Menschen in einer ohnehin unsicheren Lebenslage. Der Sohn dealt, sitzt vielleicht schon hinter Gittern, ist vielleicht noch minderjährig – und plötzlich steht die gesamte Familie vor der Tür. Im wörtlichen Sinne.

Man muss sich das vorstellen: ein Brief, ein Termin, ein Verfahren – und dann die Möglichkeit, alles zu verlieren.

Die Behörden argumentieren nüchtern. Es gehe darum, sogenannte „Deal-Punkte“ aufzulösen, jene neuralgischen Orte in Wohnblocks, an denen sich der Drogenhandel festsetzt wie ein hartnäckiger Fleck. Treppenhäuser, Parkplätze, Hauseingänge – sie verwandeln sich in Umschlagplätze. Bewohner fühlen sich bedroht, das Vertrauen schwindet.

Der Staat greift durch.

Doch draußen vor dem Gericht formiert sich Widerstand. Bewohnerinitiativen, soziale Organisationen und politische Gruppen sprechen von einer doppelten Bestrafung. Wer nichts getan hat, zahlt dennoch den Preis. Die Kritik trifft einen empfindlichen Nerv: Wie weit darf kollektive Verantwortung gehen?

Eine Mutter, die ihren Sohn mit ihren Worten nicht mehr erreicht. Ein Vater, der längst resigniert hat. Familien, die kämpfen – und trotzdem alles verlieren könnten.



Wenn der Verlust des Zuhauses zur Strafe wird – Der Streit um Wohnungsräumungen in Rennes

Einige Verfahren wurden bereits fallen gelassen. Ein erstes Zeichen dafür, dass die Realität komplizierter ist als jede Gesetzesformulierung. Denn zwischen Paragrafen und Lebenswirklichkeit klafft eine Lücke, die sich nicht so leicht schließen lässt.

Rennes wirkt in diesen Tagen wie ein Labor.

Hier zeigt sich, wie ein Staat versucht, Kontrolle zurückzugewinnen – und dabei Gefahr läuft, neue Brüche zu erzeugen. Sicherheit gegen soziale Gerechtigkeit, Ordnung gegen Mitgefühl.

Die Frage bleibt hängen wie ein Echo im Flur des Gerichts: Wann endet berechtigte Härte – und wann beginnt Unrecht?

Die Antwort darauf wird nicht nur in Rennes gesucht.

Sie betrifft ein ganzes Land.

Autor: C.H.